

Alle Loks stehen still..... ?!

Streik – richtige Antwort auf DB Erpressung

31% mehr Lohn, bessere Arbeitsbedingungen und einen Spartentarifvertrag... das wollen die KollegInnen der GDL (Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer, Mitglied im Deutschen Beamtenbund DBB.) Insgesamt sind 62% des Zugpersonals der DB – nicht nur Lokführer, auch Zugbegleitpersonal – in der GDL organisiert.

In den Tarifverhandlungen zwischen Transnet (DGB-Gewerkschaft) und GDBA im Sommer wurden lächerliche 4,5% Lohnerhöhung herausgeholt. Im Gegenzug segnet Transnet die Börsenpläne von Bahnoberboss Mehdorn ab und macht dafür Lobbyarbeit. Über schmierige Finanzierungspraktiken zwischen DB und Transnet-Gewerkschaft informierte zuletzt frontal zdf. Die GDL organisierte im Juli flächendeckende Warnstreiks und leitete die Urabstimmung ein. 95,8% der Mitglieder stimmten für Streik. Die GDL, eine der ältesten Gewerkschaften ist sicherlich keine revolutionäre. Ihre Führungsspitzenleute wie Herr Schell (CDU) sind aufrechte Verfechter dieses Ausbeutungssystems, dem Kapitalismus. Aber solche Gewerkschaften wie DGB oder GDL müssen natürlich auch ihre Mitglieder bis zu einem gewissen Grade „zufrieden stellen“. Die Kampfbereitschaft, die Wut, der Mut zum Streik, der von der Basis der GDL KollegInnen kam und kommt, signalisierte, jetzt reicht es! Beispielsweise ist der Lohn eines Lokführers/einer Lokführerin von 2.000 Euro brutto eine Unverschämtheit, angesichts des Arbeitsdruckes, der Verantwortung und der Arbeitsbedingungen. Dagegen stehen 265.000 Euro Monatsgehalt von Oberbahnchef Mehdorn. Die Profite des Bahnunternehmens explodieren, die Managergehälter steigen, und der Reallohn der Bahnbeschäftigten soll weiter sinken! Das ist die DB-Lohnpolitik!

Das aktuelle Angebot der Bahn vom 15.10.07 ist ein Witz: Kein eigenständiger Tarifvertrag, 5,5% mehr Lohn, wenn die Arbeitszeit von derzeit 41 auf 43 Stunden erhöht wird; Einmalzahlung von 2.000 Euro, davon 1.400 für bereits geleistete Mehrarbeit, die auf Arbeitszeitkonten bisher angerechnet und nicht vergütet wurde. Das ist eine einzige Mogelpackung. Die Antwort darauf ist, die einzig richtige: **Streiken!**

Solidarität mit den GDL KollegInnen – Schluss mit der Hetze von DB und Leit-Politikern

Die DB versucht mit allen nur erdenklichen Mitteln, die Streiks der GDL zu verhindern bzw. abzuwürgen. Flächendeckend stellt sie Anträge an Arbeitsgerichte und hat, wen wundert es, bei der Klassenjustiz auch durchschlagenden Erfolg. In den Bereichen, wo es dem Kapital am meisten weh tut, darf nicht gestreikt werden – im Fern- und Güterverkehr. Am 5.10. und am 12.10. durfte nur im Nah- und Regionalverkehr gestreikt werden. Zusätzlich hat die DB durch ihren „Notfahrplan“ praktisch eine kalte Aussperrung durchgezogen. Die Züge auf denen GDL organisierte Lokführer eingesetzt waren, wurden von vorneherein aus dem Verkehr gezogen. Aussperrung, Streikverbot... das sind grundlegende Angriffe auf die einfachsten demokratischen Rechte. Hinzu kommt eine unglaubliche Hetze gegen die GDL KollegInnen. SPD-Wend (Bundestagsfraktion) legt richtig los: „Diese Egoisten, die nur an sich selbst denken, müssen von der Öffentlichkeit zur Räson gebracht werden. Sie missbrauchen dieses Grundrecht auf Streik schamlos auf Kosten des Gemeinwohls“. Wend fantasiert einen „Konsens der Nachkriegsgesellschaft, wonach Streiks niemals dazu missbraucht werden, um die Allgemeinheit in Geiselnhaft zu nehmen“, den die GDL „aufs Spiel setze“. CDU Lorenz Meyer bläst ins gleiche Horn. „Es ist völlig unakzeptabel, wie sich die Vertretung einer Minderheit auf Kosten der Allgemeinheit austobt.“ (netzzeitung 15.10.07) Meyer und Wend zählen auf jeden Fall nicht zur Allgemeinheit und zum Allgemeinwohl, und sprechen auch ganz sicher nicht im Namen der Werktätigen. Für die Wend und Meyers gibt es die Autoarmada und Flugbereitschaft des Bundestages. Sie sind hundertprozentig nicht auf die Bahn angewiesen. Die Urteile von Arbeitsgerichten hatten auch hier den Klassencharakter der Rechtsprechung nachhaltig demonstriert. Die ausgiebigen ICE-Nutzer im Fernverkehr, die Manager, die billig mit Firmenkontingenten Bahn fahren, sollen vom Streik möglichst verschont werden. Getroffen werden wir Werktätigen bei den Streiks im Nah- und Regionalverkehr. Aber was heißt hier, uns hat es getroffen?! Klar, viele hatten Stress. Auch wenn jetzt weiter gestreikt wird, gibt es Probleme. Aber wer auf den bestreikten Bahnhöfen war, hat eine wirklich durchschlagende Sympathie für die GDL-Streikenden erlebt. Wer von den Werktätigen kennt nicht die tagtäglich anziehende Schraube von Lohnkürzung, realer Lohnneinbuße, Arbeitszeitverlängerung, Flexibilisierung, Arbeitshetze, Rationalisierung und Erwerbslosigkeit. Also, der Kampf der Lokführer und Bahnbeschäftigten geht uns an, weil sie für die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen streiten. Wenn sie erfolgreich sind, gibt das auch einen Anstoß und Kraft für andere Kämpfe. Wichtig ist, dass wir überall eine Gegenöffentlichkeit herstellen. Wenden wir uns gegen die Hetze der Medien und Politiker, die vorgeben in unserem Namen zu sprechen. Diskutieren wir auf den Bahnhöfen, auf der Straße im Betrieb über die Forderungen der BahnkollegInnen. Zerreißen wir die Lügenkampagnen und solidarisieren wir uns ganz praktisch!

Unser Streikrecht verteidigen – gegen den Abbau unserer demokratischen Rechte

In der ganzen Medienkampagne wird das demokratische Recht auf Streik grundsätzlich in Frage gestellt. Das ist klares Ziel, auch dieses Recht soll immer mehr abgespeckt werden. Gerichte sollen über die

Legitimität von Streiks entscheiden. Der wirtschaftliche Arbeitskampf, der Streik sind Kampfmittel der ArbeiterInnen ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Die Kapitalisten, die Konzernmanager versuchen mit allen Mitteln den Preis der Arbeitskraft zu senken, damit sie ihre Profite erhöhen, so einfach ist das. Dagegen können sich die ArbeiterInnen nur wehren, indem sie kollektiv mit Streiks ihre Forderungen durchsetzen wollen. Das Streikrecht ist in Deutschland bereits nur ein „Minirecht“. Zugelassen hat die deutsche Politikerseele im Grundgesetz den Streik nur für „Arbeitskämpfe, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen geführt werden“. Politische Streiks sind in deutschen Landen also sowieso schon verboten. Jetzt wird auch dem Streik im wirtschaftlichen Kampf das Wasser abgegraben.

Staatsbetrieb? Privatisierung? Börsengang? – der ganz normale Kapitalismus!

Es ist nicht die Gretchen (oder Hänchen)frage, dass die Bahn, wenn sie an die Börse geht, „Volkseigentum“ verscherbelt und endgültig privatkapitalistisches Monopolunternehmen wird. Viele Initiativen wie ‚Bahn von unten‘ führen einen vehementen Kampf gegen den angesagten Börsengang der Bahn-AG. Sie legen damit nahe, dass der Staatsbetrieb Bahn besser sei als das Privatunternehmen Bahn. Das ist Illusion. Auch der Staatskonzern ist am Profit orientiert. Die Teilprivatisierung der Bahn hat schon 1994 begonnen. Der Umbau des schwerfälligen Staatsmonopols zu einem internationalen Logistikkonzern ist schon lange am Laufen. Der Börsengang soll noch das Krönchen für die Profitmaximierung werden. Denn um nichts anders geht es. Die Arbeitsbedingungen verschärfen sich seit Jahrzehnten. Natürlich müssen wir aufzeigen, dass mit der Privatisierung und dem Börsengang diese Angriffe verstärkt werden, aber ohne Illusionsmacherei. Auch unter staatlicher Führung war dieser Großkonzern ein kapitalistischer Moloch. Und wenn es dem Finanzmarkt passt, wenn alle Rendite herausgepresst ist und nichts mehr geht, werden privatisierte Bahnunternehmen, sowie zur Zeit in England, auch wieder verstaatlicht. Dann werden mit Steuermillionen die Unternehmen saniert und es geht in die nächste Runde.

Einheitsgewerkschaft? Einzelgewerkschaften? – Klassenkämpferische Gewerkschaften!

„Wir müssen hart bleiben im Interesse der Tarifeinheit Deutschlands“ posaunt nicht ein Gewerkschafter sondern die Vertreterin der Kapitaleseite, die DB Vorstandssprecherin Frau Suckale. Das ist ein besonders schlechter Witz in der laufenden Auseinandersetzung. Mehdorn und die DB als Verteidiger der Gewerkschaftseinheit. Auch DGB Sommer schiebt die Beschneidung des Streikrechtes „der Streitlust des Vorsitzenden“ der GDL in die Schuhe, weil „solche Gerichtsentscheidungen zustande kommen, hat seinen Ausgangspunkt leider auch darin, dass die GDL die Solidarität der anderen Bahngewerkschaften verlassen hat.“ Die GDL hat die Tarifgemeinschaft mit Transnet (DBG-Gewerkschaft) /GDBA (Gewerkschaft deutscher Bundesbeamter) schon seit 2002 aufgekündigt. Vorwurf an die Transnet/GDBA seitens der GDL war und ist, dass sie sich nicht ausreichend um die Arbeits-/Lohnbedingungen der Lokführer aber auch des Begleitpersonals im Zug einsetzt. Seit August sind über 1.000 KollegInnen von Transnet zur GDL gewechselt. Viele Transnet-KollegInnen solidarisieren sich mit den streikenden GDL-KollegInnen. Fakt ist, dass die Transnet einen ganz angenehmen Verhandlungspartner für die DB Bosse abgibt. Sie verzichtet auf Kampf, schlägt Vorteile nur für ihre Mitglieder raus und verkauft minimale Verbesserungen als Sieg. Was zeigt das Beispiel? Klar, wir müssen für Einheitsgewerkschaften kämpfen, je mehr alle Werktätigen sich organisieren und in kampfstarken Verbänden zusammenschließen, desto besser! Wenn aber die einen Gewerkschaften auf Kosten der anderen ihre Spielchen treiben, dann stehen sie alle in Konkurrenz untereinander. Die kämpfenden ArbeiterInnen werden einen Teufel tun und sich im Namen der Gewerkschaftseinheit mit den minimalsten Forderungen abspesen lassen. Wir wollen keine gelben, staatstragenden Gewerkschaften. Wir wollen klassenkämpferische Gewerkschaften, die der gesamten Lohnklaverei des Kapitalismus den Kampf ansagt. Dafür organisieren wir uns in allen heute bestehenden Gewerkschaften und führen unseren oppositionellen Kampf darin um die ArbeiterInnen auf diesen Positionen zu vereinen.

Solidarität mit den GDL Kollegen und KollegInnen!

Praktische Unterstützung ihrer Streikaktionen!

Verbinden wir den Kampf gegen die Verschlechterung unserer Lebens- und Arbeitsbedingungen mit dem Kampf für eine andere, sozialistische Gesellschaft!

www.trotzalledem.3host.biz
trotz.alledem@gmx.net

TROTZ ALLEDDEM!

Zeitung für den Aufbau der Bolschewistischen Partei Deutschland

V.i.S.d.P.: H.König, Kafkastr.56, 50826 Köln 18.10.2007